



Kongress für Palliativmedizin und Versorgungsforschung

Kongress für Palliativmedizin und Versorgungsforschung
Deutsche Krebshilfe sieht Politik in der Pflicht
Beim gemeinsamen 10. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP) und 13. Deutschen Kongress für Versorgungsforschung (DKVF) vom 24. - 27. Juni in Düsseldorf wird deutlich: Immer noch erhalten fast ausschließlich Patienten mit weit fortgeschrittener Krebserkrankung eine Palliativversorgung. Patienten mit chronischen Herz-, Lungen-, Nieren- oder neurologischen Erkrankungen wie z.B. auch der Demenz bedürfen aber ebenso einer guten palliativmedizinischen Betreuung.
"An der Schwelle zur Regelversorgung muss der Zugang zur palliativmedizinischen Versorgung grundsätzlich allen Patienten mit lebensbedrohlichen tumor- und nichttumorbedingten Erkrankungen offen stehen", so der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, Prof. Dr. Friedemann Nauck. Dies erfordere die "Etablierung eines verantwortlichen Palliativbeauftragten in jedem Krankenhaus und in jeder Pflegeeinrichtung sowie den Aufbau von multiprofessionell arbeitenden Palliativdiensten in Krankenhäusern". Außerdem sei dringend die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) flächendeckend in Pflegeeinrichtungen zu etablieren, um alte, hochbetagte und/oder demenzerkrankte Menschen am Ende ihres Lebens ihren Bedürfnissen entsprechend behandeln und begleiten zu können.
Was dies für das Gesundheitswesen insgesamt heißt, verdeutlichte Kongresspräsident Prof. Dr. Edmund Neugebauer als Vorsitzender des Deutschen Netzwerks Versorgungsforschung (DNVF) in einem Satz: "Zentraler Prüfstein für die Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems wird die Patientenorientierung." Patientenorientierung bedeute, dass die Strukturen, Prozesse und Ergebnisse des Systems der gesundheitlichen Versorgung auf die Interessen, Bedürfnisse und Wünsche des individuellen Patienten ausgerichtet sein müssen. Über Möglichkeiten und Grenzen auf diesem Weg wird auf dem gemeinsamen Kongress der Fachgesellschaften für Versorgungsforschung und für Palliativmedizin mit dem unparteiischen Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), Josef Hecken, diskutiert.
Auch die Deutsche Krebshilfe sieht die Politik in der Pflicht. "Gesundheitspolitik und Öffentliche Hand sind gefordert, sich noch stärker als bisher für die Medizin am Lebensende einzusetzen und Palliativmedizin flächendeckend umsetzen", so Gerd Nettekoven, Hauptgeschäftsführer der gemeinnützigen Organisation.
Die Palliativmedizin ist 20 Jahre nach Gründung ihrer Fachgesellschaft nicht nur klinisch, sondern auch in der Forschung gut etabliert, betonte Kongresspräsident Prof. Dr. Raymond Voltz. Dies zeige sich u.a. daran, dass der im zweijährigen Rhythmus stattfindende Kongress der DGP mit je annähernd 2000 Teilnehmern erstmals zusammen mit einer anderen Fachgesellschaft, dem DNVF, ausgerichtet würde, rund 300 palliativmedizinische Beiträge eingereicht wurden, hervorragende neue Forschungsinstrumente und -methoden vorgestellt würden, "allgemeine" Förderer wie z.B. das BMBF, die DFG, die Deutsche Krebshilfe und die Robert Bosch Stiftung palliativmedizinische Studien finanzieren und dass Fragestellungen aus der Palliativmedizin auch zu Forschungsthemen in der Allgemeinmedizin oder Onkologie geworden sind.
Der heutige Bekanntheitsgrad und Stand der palliativmedizinischen Versorgung wäre undenkbar ohne die Entwicklung und das Engagement der Hospizbewegung. Deshalb findet am 26. Juni im Rahmen des Kongresses ein "Hospiztag" statt, um laut Kongresspräsidentin Dr. Susanne Hirsmüller nachfolgende Fragen zu diskutieren: "Was ist der Unterschied zwischen "Palliativ" und "Hospiz", zwischen Versorgung und Begleitung? Ist die Sterbegleitung und Hospizbewegung Privatsache oder Aufgabe der öffentlichen Hand? Wie kann Forschung die Hospizidee voranbringen?"
Wie schwerstkranken Menschen und ihre Angehörigen die Sterbephase erleben und was sie sich wünschen, ist Thema eines Bürgerforums am Freitag, den 27. Juni, im Landtag NRW, zum Thema "Leben mit dem Tod - Was Gesunde von Sterbenden lernen können".
Der Düsseldorfer Kongress steht außerdem im Zeichen des 20-jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin. Am 2. Juli 1994 von 14 Ärztinnen und Ärzten in Köln gegründet, zählt die DGP heute weit über 4.800 Mitglieder aus verschiedenen an der Palliativversorgung beteiligten Berufsgruppen.
Weitere Informationen zum Kongress: <http://www.dgp-dkfvf2014.de/>
Hintergrund-Information: Palliativmedizin sowie Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland
Als am 7. April 1983 die erste Palliativstation an der Chirurgischen Klinik der Universität zu Köln eröffnet wurde, musste man Deutschland noch als palliativmedizinisches Entwicklungsland bezeichnen. Am 2. Juli 1994 wurde die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin in Köln gegründet. Heute stehen schwerkranken und sterbenden Menschen annähernd 300 Palliativstationen, rund 200 stationäre Hospize, 250 Teams der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung und rund 1500 ambulante Hospizdienste zur Seite.
Die Deutsche Krebshilfe e.V. hat den Weg für diesen Prozess von Anfang an geebnet und schon die erste Palliativstation in Köln gefördert. Bis heute hat die Organisation insgesamt fast 70 Millionen Euro in den Aufbau palliativmedizinischer Versorgungsstrukturen, Stiftungsprofessuren, in Forschungsprojekte mit palliativmedizinischen Inhalten sowie in Akademien für die palliativmedizinische Aus- und Weiterbildung investiert. Inzwischen ist die Palliativmedizin ein unverzichtbarer Bestandteil der Krankenversorgung und Lehrfach in der medizinisch-universitären Ausbildung.
Die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e.V. (DGP) steht als wissenschaftliche Fachgesellschaft für die interdisziplinäre und multiprofessionelle Vernetzung. Ihre mehr als 4.800 Mitglieder aus Medizin, Pflege und weiteren Berufsgruppen engagieren sich für eine umfassende Palliativ- und Hospizversorgung in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Im Zentrum steht die bestmögliche medizinische, pflegerische, psychosoziale und spirituelle Behandlung und Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen sowie ihrer Angehörigen. Gemeinsames Ziel ist es, für weitgehende Linderung der Symptome und Verbesserung der Lebensqualität zu sorgen - in welchem Umfeld auch immer Betroffene dies wünschen.
Der gemeinnützige Verein Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung (DNVF) e.V. wurde im Mai 2006 in Berlin von 26 Fachgesellschaften (heute > 40) gegründet. Neben den Fachgesellschaften gehören dem Netzwerk Wissenschaftliche Institute und Forschungsverbände, Juristische Personen und Personenvereinigungen sowie Natürliche Personen an. Das DNVF e.V. ist eine Plattform von Fachgesellschaften, Institutionen und Personen mit dem besonderen Anliegen der Erforschung der Gesundheits- und Krankenversorgung. Ziel ist die methodische, inhaltliche und institutionelle Weiterentwicklung der Versorgungsforschung und die Verständigung auf gemeinsame Strategien.
Deutsche Krebshilfe e. V.
Buschstr. 32
53113 Bonn
Deutschland
Telefon: 0228/72990-0
Telefax: 0228/72990-11
Mail: deutsche@krebshilfe.de
URL: <http://www.krebshilfe.de>


Pressekontakt

Deutsche Krebshilfe e. V.

53113 Bonn

krebshilfe.de
deutsche@krebshilfe.de

Firmenkontakt

Deutsche Krebshilfe e. V.

53113 Bonn

krebshilfe.de
deutsche@krebshilfe.de

Die Deutsche Krebshilfe wurde am 25. September 1974 gegründet. Ziel des gemeinnützigen Vereins "Deutsche Krebshilfe e.V." ist es, die Krebskrankheiten in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen. Nach dem Motto "Helfen. Forschen. Informieren." fördert die Deutsche Krebshilfe Projekte zur Verbesserung der Diagnose, Therapie, Nachsorge und Selbsthilfe. Sie hilft, die personelle und sachliche Ausstattung beispielsweise in Kliniken zu verbessern und Notstände in Therapie-, Forschungs- und Rehabilitationseinrichtungen zu beheben. Durch eine Krebskrankheit in Not geratene Menschen erhalten bei der Deutschen Krebshilfe Beratung, Hilfe und im begründeten Einzelfall auch finanzielle Unterstützung.